Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- ersucht die Stadt- bzw. Kreisverwaltung um Auskunft beziehungsweise um Information, wann mit einem Ergebnis zu Fragen der Qualitätsstandards und Pünktlichkeit gerechnet werden kann.

Herr AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- teilt mit, dass die Verwaltung hierzu keinen nennenswerten neuen Sachstand angeben könne. Er berichtet, dass die Stadt- bzw. Kreisverwaltung in einem Arbeitskreis intensiv mit der SWBV über mögliche technische und organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit diskutiert habe. In der darauffolgenden Woche solle ein abschließendes Gespräch geführt werden, in dem konkrete Maßnahmen in den Städten im Rhein-Sieg-Kreis, aber auch gemeinsam mit der Stadt Bonn abgestimmt würden, wobei die Finanzierungsfrage noch nicht geklärt sei. Bezüglich der Bonus-Malus-Regelung habe es in der letzten Zeit einige Diskussionen hinsichtlich fahrgastrelevanter Themen wie die Stärkung der Fahrgastrechte gegeben, beispielsweise durch die Erstattung der Fahrkarten bei Verspätungen ab 20 Minuten. Die Diskussion gehe jedoch dahin, diese Zeit auf 10 Minuten herabzusetzen. Aus anderen Verbundgebieten im Bundesgebiet sei jedoch bekannt, dass diese Option von den Fahrgästen sehr selten in Anspruch genommen würde.

Ein weiterer Diskussionsgegenstand war nach Aussage von Herrn AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- eine leistungsorientierte Bezahlung der Verkehrsunternehmen, um erbrachte Qualität zu honorieren. Er sehe in diesem Bereich in naher Zukunft jedoch noch kein abschließendes Ergebnis, informiert allerdings darüber, dass mit der RSVG derzeit ein entsprechender Vertrag vorbereitet werde. Der eine Qualitätsvereinbarung enthaltende Vertragsentwurf wurde bereits erstellt, die genaue Gestaltung sei aber noch nicht abschließend geklärt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- interpretiert die Ausführungen von Herrn AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- dahingehend, dass trotz der langwierigen Verhandlungen ein baldiger Erfolg nicht absehbar sei.

Herr AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- unterstreicht die Notwendigkeit der politischen Willensbildung, die für alle weiteren Schritte grundsätzlich erforderlich sei.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- schlussfolgert, dass ohne einen politischen Willen keinen Auftrag erfolgen könne.

Herr Abg. **Metz** –GRÜNE- betont, dass dadurch, dass keine Einigung erzielt werde, inzwischen seit zwei Jahren Verwaltungskapazitäten gebunden würden. Er sei der Ansicht, dass die Politik sich hier zu einer zeitnahen verbindlichen Entscheidung durchringen müsse, um ein Scheitern des gesamten Projektes zu verhindern.

Herr Abg. **Bausch** –CDU- bezeichnet den Vorgang als „Neverending-Story“. Ihm erscheine es wichtig, dass die Stadtwerke Bonn nicht der bisher angedachten Bonus-Malus-Regelung, wohl aber einer entsprechende Qualitätsvereinbarung gegenüber offen sind. Er fürchtet, dass eine Qualitätssteigerung ganz ohne Sanktionen nicht zu erreichen sei und bekräftigt aus diesem Grund die in der Vorlage mitgeteilte Absicht, daran weiterarbeiten zu wollen, auch mangels Alternativen. Sodann schloss er sich den Ausführungen seitens Herrn AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- an, dass der politische Wille auf beiden Seiten deutlich ausgeprägter sein müsse.

Herr Abg. **Krauß** –CDU- sieht den Appell, dass die Festlegung von Qualitätsstandards neben den Stadtwerke Bonn auch für andere Verkehrsunternehmen Geltung haben müsse zwar durchaus als berechtigt, weist aber darauf hin, dass dies zumindest für den Rhein-Sieg-Kreis

schon umgesetzt worden sei. Weiterhin berichtet er über die Absicht, diesen Katalog im Bereich der RSVG nicht nur als Wunschkatalog betrachten zu wollen, sondern eine negative Leistung entsprechend ahnden zu können. Er stimmt Herrn AL **Dr. Sarikaya** –Planungsamt Rhein-Sieg-Kreis- hinsichtlich der relativ geringen Abfrage der Mobilitätsgarantie zu. Ausschlaggebend hierfür sei, dass seitens der Kunden dargestellt werden müsse, dass für sie kein alternativer Weg bestanden hätte.

Herr Stv. **Fenninger** –CDU- widerspricht der Aussage, dass die Bonner Politik hieran uninteressiert sei. Er gesteht allerdings Probleme hinsichtlich der personellen Ausstattung. Ferner seien die städtebauliche Gegebenheiten zu betrachten. Er benennt hierbei beispielhaft die Unzulänglichkeiten durch die IV-Spuren vor dem Stadthaus und am Friedhof in Beuel. Die verschiedenen Lösungsansätze für dieses Problem hätten bisher nur dazu geführt, dass die Busse im Stau stünden. Er bittet die Stadtverwaltung erneut, im Bereich des Friedhofes den Raum für eine separate ÖPNV-Spur zu schaffen, um so eine Staureduzierung herbeizuführen. Er betont, dass es für die Situation vor dem Stadthaus nicht an dem Willen zu Verbesserungen fehle, auch wenn es bislang keine Lösung gebe.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- teilt die Meinung von Herrn Stv. **Fenninger** -CDU-, dass es nicht am politischen Willen fehle, allerdings bestehen seinerseits noch zahlreiche ungeklärte Fragen.
Außerdem müsse der, der zielorientiert und positiv die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs anzugehen versuche, sich als „Privatisierer“ verunglimpfen lassen. Er unterstütze ausdrücklich leistungsorientierte Geschäftsführerverträge, bezweifele allerdings ein zeitnahes Fortkommen in dieser Richtung.

Herr Stv. **Wimmer** –BBB- spricht sich ausdrücklich für die Sanktionierung der Verkehrsträger aus, sollten diese ihre Verkehrspflichten nicht ordnungsgemäß erfüllen. Ein solches System zu entwickeln habe oberste Priorität, dürfe jedoch nicht ausschließlich auf leistungsbezogenen Geschäftsführergehälter basieren, sondern müsse auch Konsequenzen wie beispielsweise die Fahrpreisminderungen beinhalten.

Herr Stv. **Reischl** –CUD- widerspricht ebenfalls noch einmal dem Eindruck, wonach die Politik in Bonn nicht Willens sei, Verbesserungen in dieser Sache herbei-zuführen. Er bittet um eine realistische Betrachtung der angedachten Sanktionen und eine erneute Überarbeitung. Die in Bonn vorhandenen städtebaulichen Hindernisse könne man benennen und versuchen zu beseitigen, aber auch hier müsse mit vereinzelten Widerständen seitens der Bonner Bürger gegen Lösungsvorschläge gerechnet werden. Er begrüße es, wenn die Dringlichkeit dieses Themas noch einmal deutlich artikuliert werden würde. Er bittet Herrn StBR **Wingenfeld** –Dezernat VI-, in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Planungsausschusses der Bundesstadt Bonn eine Synopse vorzulegen, aus der sich theoretische Möglichkeiten und praktische Auswirkungen ablesen lassen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- sieht Schwerpunkte in der Qualitätsverbesserung und der Möglichkeit, eventuelle Qualitätsmängel, die nicht im Verantwortungsbereich der Straßenverkehrsunternehmen liegen, an die Politik und die Stadt zurückzureichen.
Dies würde eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Mängelbeseitigung erfordern, was auch eine relativ komplexe Aufgabe sei, dies dürfe jedoch nicht dazu führen, dass trotz jahrelanger Diskussionen keine Einigung erreicht werde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- sieht Schwerpunkte in der Qualitätsverbesserung und der Möglichkeit, eventuelle Qualitätsmängel, die nicht im

Verantwortungsbereich der Straßenverkehrsunternehmen liegen, an die Politik und die Stadt zurückzureichen.
Dies würde eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Mängelbeseitigung erfordern, was auch eine relativ komplexe Aufgabe sei, dies dürfe jedoch nicht dazu führen, dass trotz jahrelanger Diskussionen keine Einigung erreicht werde.

Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- bekräftigt noch einmal, dass nicht beeinflussbare Faktoren wie beispielsweise Unfälle ausgenommen seien. Es gehe darum, einen Anreiz zu Personaleinstellung zu schaffen: Werden einerseits Kosten durch Personaleinsparungen reduziert, müsste andererseits damit gerechnet werden, dass durch Personalmangel verursachte Verspätungen oder Ausfälle Sanktionen nach sich ziehen.

Herr Stv. **Schlömmer** –SPD- stellt fest, dass -unabhängig von einer Bewertung der Bonus-Malus-Regelung- im Endeffekt die dem Unternehmen entstehenden Defizite von der Stadtkasse ausgeglichen werden müssten. Er sieht hier lediglich die Möglichkeit, die Strecke durch bauliche Veränderungen zusätzlich zu ertüchtigen und eventuell durch den Einsatz anderer Fahrzeuge mit einer höheren Kapazität eine langfristige Entlastung zu erzielen. Alles andere dient seiner Meinung nach nicht einer qualitativen Verbesserung. Hierzu interessiere auch die Ansicht der Stadtwerke und er würde es daher begrüßen, wenn diese mögliche Problemlösungen und neue Erkenntnisse zum Thema Personalengpässe in einer der kommenden Sitzungen darlegen würden. Eine Weiterverfolgung des möglichen Lösungsansatzes „Wettbewerb“ hält er hingegen nicht für erforderlich, da hierdurch keine Verbesserung der Situation erzielt werden könne. Wichtig sei es, eine gemeinsame Lösung mit den Stadtwerken Bonn zur langfristigen Entlastung zu finden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –Grüne- erklärt sich daraufhin bereit -sofern es keine Einwände gebe- den Geschäftsführer der Stadtwerke Bonn zur nächsten Ausschusssitzung, bei der dieses Thema auf der Tagesordnung enthalten ist, einzuladen und diesem Rederecht einzuräumen. Abschließend betrachtet er mangels weiterer Wortmeldungen den TOP als erledigt.